

## Analyse der Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 im Bezirk Potsdam

Antwortschreiben des 1. Kreissekretärs der SED-Kreisleitung Potsdam an die SED-Bezirksleitung Berlin. Diese hatte zuvor, am 20. Juni, von den SED-Kreisleitungen eine Gesamtanalyse der Ereignisse um den 17. Juni 1953 angefordert.

Vom 16. bis 21. Juni 1953 kam es in fast 700 Städten und Gemeinden der DDR zu Demonstrationen und Streiks. Begann der 17. Juni noch als Arbeiteraufstand, entwickelte er sich schnell zum Volksaufstand. Entfachte sich der Protest zunächst an sozialen Fragen, die den Arbeits- und Lebensalltag der Menschen betrafen, forderten die Demonstranten bald im ganzen Land den Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, Pressefreiheit, die Freilassung aller politischen Gefangenen und schließlich auch die deutsche Wiedervereinigung. Der Aufstand nahm vielerorts revolutionäre Züge an, bevor er mit Hilfe von russischen Panzern unterdrückt wurde.

Brandenburg wurde flächendeckend vom Volksaufstand erfasst. Im ehemaligen Bezirk Potsdam fanden Demonstrationen und Aufstände vor allem in Orten mit größeren Betrieben statt. Der Aufstand traf das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) genauso unvorbereitet wie die SED. Nur langsam gewannen die Verantwortlichen einen Überblick über die Ereignisse.

Das vorliegende Dokument zeigt, wie überrascht die Führung von den Ereignissen war. Es handelt sich dabei um ein Antwortschreiben des 1. Kreissekretärs der SED-Kreisleitung Potsdam an die SED-Bezirksleitung Berlin. Am 20. Juni wies sie die einzelnen SED-Kreisleitungen an, eine aus neun Punkten bestehende Gesamtanalyse der Ereignisse um den 17. Juni 1953 herum anzufertigen.

---

**Signatur:** BArch, MfS, BV Potsdam, AS, Nr. 1/53, Bd. 9, BL 113-121

---

### Metadaten

Diensteinheit: SED Kreisleitung VII    Datum: 25.6.1953  
0/3

## Analyse der Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 im Bezirk Potsdam

107

Sozialistische Einheitspartei  
Deutschland  
Kreisleitung VII c/3  
- Sekretariat -

Potsdam, den 25. Juni 1953  
Ha/Neu.  
Tgb.Nr.: PK/ 212 /53

An die  
Bezirksleitung der SED VII c  
- Sekretariat -

Berlin

Betr.: Gesamtanalyse.  
Bezug: Fernschreiben Nr. 582 vom 20.6.53.

Zu Punkt 1.:

In einer Reihe von Schwerpunktbetrieben zeigten sich in den vergangenen Wochen Tendenzen, dass grosse Teile der Arbeiterschaft der Normenerhöhung im besonderen ablehnend gegenüber standen.

Im Kunstseidenwerk "Friedrich Engels" in Premnitz, im Stahl- und Walzwerk "Wilhelm Florin" in Hennigsdorf, kam es bereits im Monat Mai 1953 zu Arbeitsniederlegungen. Bei den Arbeitern wurde die Stimmung dadurch gekennzeichnet, dass sie für die Zukunft mit einem enormen Lohnabbau rechneten, dem eine Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber steht. Die Agentur des Gegners griff besonders in den Grossbetrieben die negative Stimmung breite Arbeiterkreise auf und die faschistischen Provokationen erreichten zu mindest nach aussen eine Massenbasis.

Arbeiter des Karl Marx - Werkes in Babelsberg äusserten sich dahingehend, dass die Arbeiter nicht gegen die Partei und Regierung streiken, sondern darüber verärgert wären, dass man ihre berechtigten wirtschaftlichen Forderungen (Verbesserung der sanitären Einrichtungen, regelmässige Belieferung mit Waschmittel und Milch und anderes) nicht erfüllt.

Zu Punkt 2.:

Der Ausgangspunkt der Provokationen im Bezirk waren die Ereignisse in Berlin.

Am 17.6.53 begannen im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf, Lokomotivbau - Elektrotechnische Werke Hennigsdorf, Schwermaschinenbau "Heinrich Rau" in Wildau, Rathenow'sche Opti-

## Analyse der Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 im Bezirk Potsdam

- 2 -

BSU  
000114

108

sche Werke, Kunstseidenwerk Premnitz, Industriewerke Ludwigsfelde, auf allen grösseren Baustellen der Bau - Union - Potsdam Streiks.

Die aktivsten Provokationen im Bezirk waren in Brandenburg, wo faktisch die Arbeitsniederlegung im SWB ( Stahl - und Walzwerk Brandenburg ) das Signal für alle anderen Betriebe bildete. Im Industriewerk Ludwigsfelde begannen die Bauarbeiter der Bau - Union Potsdam mit dem Streik und zwangen die Produktionsarbeiter des Industriewerkes zur Teilnahme.

In Potsdam selbst zeigte sich, dass das Karl Marx - Werk der Ausgangspunkt für eine geschlossene feindliche Aktion sein sollte.

Im Laufe des 17.6. erschienen im Werk Delegationen der Verkehrsbetriebe, des RAW u.a. und erklärten, ihr Streik beginnt mit dem des Karl Marx - Werkes.

Die Überbelastungsversuche des Gegners gegenüber den streikenden Arbeitern kamen besonders in den Grossbetrieben zum Ausdruck. Der Streik begann mit der Forderung auf Revidierung der Normen, der HO - Preise und wurde dann zum gegebenen Zeitpunkt von faschistischen Elementen mit der Forderung auf Regierungssturz zur offenen Provokation.

Kennzeichnend für den Ausgangspunkt der Ausschreitungen war die Haltung der Bauarbeiter.

In allen Grossbetrieben, wie im SWB, SWH, Schwermaschinenbau, LEW, IW Ludwigsfelde, ROW und andere waren die Bauarbeiter die Triebkraft zum Streik.

Während fast die Betriebe aller Industriezweige vom Streik erfasst wurden und wenn auch nur kurzfristig daran teilnahmen ( z.B. Askanius Teltow 1 Stunde ) so blieb die Landwirtschaft und der Handel mit wenigen Ausnahmen wie die MTS Niemegk und Ludwigsfelde vom Streik fern, d.h. es waren lt. Stimmung der Angestellten bestimmte Sympathien vorhanden, die jedoch ohne aktive Wirkung blieben. Man kann sagen, dass im Bankwesen die Provokationen keinerlei Anklang fanden, dass die Geldwerte durch vorsorgende Massnahmen vor einem eventuellen Zugriff geschützt wurden.

Zu Punkt 3. und 4.:

Sofort nach Bekanntgabe der Beschlüsse des Politbüros vom 8.6.53 zur Frage der Liquidierung der Normenerhöhungen u.a. mehr, wurde folgende Massnahmen ergriffen:

## Analyse der Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 im Bezirk Potsdam

- 3 -

BERU  
000115

109

1. Am 8.6.53 persönliche Anleitung der Kreissekretäre  
2. Am 9.6.53 Beratung und Schulung aller Sekretäre für Landwirtschaft, MTS, LPG, VEG .

Bis zum 16.6.53 liefen diese eingeleiteten Massnahmen ohne wesentliche Erscheinungen ab.

Am 16.6.53 berichtete Gen. Handwerker, Sekretär der Bezirksleitung, der im SWH und LEW mit den Arbeitern diskutierte, dass die Arbeiter wohl sehr kritisch zur Frage der Normen Stellung nahmen, dass jedoch keinerlei Anzeichen einer Streikbewegung oder sogar faschistischer Provokationen vorhanden waren. Das Sekretariat der Bezirksleitung beschäftigte sich dennoch mit den von der Bevölkerung zugestraßen Ereignissen in Berlin und fasste den Beschluss, dass Mitarbeiter der Bezirksleitung am 17.6.53 früh in die Kreise herausfahren und dort nach einer Analyse der Situation operative Massnahmen zur Sicherung treffen.

Am 17.6.53 morgens trafen die Streiks und Demonstrationen die Partei überraschend .

Die Sachlage wurde in ihrem vollen Umfang nicht erkannt. Es bestand bei der Bezirksleitung noch die Annahme, es handele sich um friedliche Demonstrationen für die Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen. Dennoch ergingen in den Morgenstunden des 17.6.53 an alle Kreisleitungen die Anweisungen, alle Lebens wichtigen Betriebe zu besetzen und zu sichern.

Ein Kampfmaßstab, der sämtliche Massnahmen koordiniert, d.h. Partei, MTS , VP , KVP , bestand noch nicht .

Es bestand auch kein Überblick bei der Partei , welche Kräfte vorhanden sind, die man den Demonstranten entgegen setzen konnte. Erst um die Mittagszeit wurde klar, dass es sich um eine faschistische Provokation handele. Die Bezirksleitung setzte dann die Partei hochschule, die DVA ,die Pädagogische Hochschule und die anderen Schulen zur Agitation und Aufklärung ein.

Am 17.6.53 abends wurde in einer Sekretariatsitzung der Kampfstab unter der Führung der Partei gebildet.

Am 18.6.53 wurden in einer Sekretariatsitzung folgende Massnahmen beschlossen :

1. In die Schwerpunkte des Bezirkes

|                |           |
|----------------|-----------|
| a) Hennigsdorf | f) Belzig |
| b) Brandenburg |           |
| c) Rathenow    |           |
| d) Wildau      |           |

### Analyse der Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 im Bezirk Potsdam

B.R.O.  
000116

110

- 4 -

wurden Sekretäre und Abteilungsleiter der Bezirksleitung eingewiesen, die dort die Leitung übernehmen sollten.

2. Die Agitatoren erhielten den Auftrag, wenn nötig, auch dazwischen zu schlagen.

3. Am 19.6.53 in allen Betrieben durch die Parteisekretäre in Belegschaftsversammlungen den Leitartikel des ND "Was geschah in Berlin" zu verlesen und in kleineren Gruppen mit Agitatoren zu diskutieren.

4. Die Gewerkschaften wurden aufgefordert, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu realisieren oder falls dies nicht möglich sein sollte, dem Zentralvorstand zu unterbreiten.

5. Der Staatsapparat erhielt die Anweisung, den Verkehr und die Erfassung landwirtschaftlicher Produkte zu sichern und sich im übrigen strikt an die neuen Regierungsbeschlüsse zu halten.

Durch all diese Massnahmen konnte eine Unterbrechung im Eisenbahnverkehr verhindert werden.

Die BPO des Rates des Bezirks führte sofort nach Bekanntwerden der faschistischen Provokation folgende Massnahmen durch:

- a) Verstärkung des Betriebsschutzes
- b) Einsatz eines Bereitschaftsdienstes
- c) Besetzen des Telefons durch Genossen
- d) Zusammenstellung von 2 Parteibrigaden und Einsatz derselben in Brandenburg und Rathenow.
- e) 45 der aktivsten Genossen wurden der Kreisleitung der Partei in Belzig am 18. und 19.6.53 zur Verfügung gestellt.

Von der BPO von der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft "Walter Ulbricht" in Babelsberg wurden sofort folgende Massnahmen durchgeführt:

- a) Einsatz von 120 Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern zur Unterstützung der Kreisleitung der Partei in Belzig.
- b) Einsatz von 100 Studenten als Agitationsgruppen im Karl Marx - Werk in Babelsberg.
- c) In Hennigsdorf wurden 60 Studenten eingesetzt, sowie im Stahlbau Brandenburg und in Wildau je 30 Studenten.

## Analyse der Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 im Bezirk Potsdam

- 5 -

BSU  
000117

111

- d) Als Klebegruppen waren 150 Studenten in Babelsberg eingesetzt .
- e) 30 Studenten in Wildpark, um im Falle einer Demonstration der Bauarbeiter von Eiche, diese auf dem Wege nach Potsdam abzufangen.
- f) 20 Studenten wurden in der Defa eingesetzt
- g) 100 Studenten wurden der Kreisleitung zur Verfügung gestellt.

Ausserdem wurde der Wachdienst im Ferienlager im "abelsberger Park, im Stalinhaus in "abelsberg, in der Kreisleitung der Partei in Potsdam , im Karl Marx - Werk sowie am "ahnhof Drewitz übernommen, desgleichen Bahnhof Potsdam.

Die BPO der Bezirks- Staatsanwaltschaft bildeten Agitationgruppen in den einzelnen Abteilungen .  
Für die Objektsicherung meldeten sich freiwillig Genossen.

Im Bezirksgericht wurde erst nach eingehender Diskussion eine Nachtwache gestellt.

Die Parteileitungen im Karl Marx - Werk und im IW Ludwigsfelde haben sich aktiv für eine Liquidierung der Provokationen eingesetzt.

Dem ehemaligen Sekretär der BPO des Karl Marx - Werkes gelang es zusammen mit dem Genossen Werkleiter die Arbeiter von der Falschheit ihres Handelns zu überzeugen und die Arbeit wieder aufzunehmen . Es ist zu verzeichnen,dass im IW. Ludwigsfelde eine Reihe von Mitgliedern der SED am Streik teilgenommen haben bzw. sich solidarisch mit den Streikenden erklärt.

Im Karl Marx Werk hielten sich ca. 3 Genossen indifferent und ein Genosse erklärte am 18.6.53 seinen Austritt mit der Begründung : Er hätte ein akutes Leiden .

Im VEB Dental -Technik in Potsdam realisierte die Belegschaft mit negativen Elementen als Versammlungsleitung praktisch die Forderung - Sturz der Regierung - indem dem P.Leiter Gen. Kornemann wegen Zusammenarbeit mit dem MfS in seiner Funktion als P.Leiter das Misstrauen ausgesprochen und seine Entlassung gefordert wurde.

In den HO - Textilwaren in Potsdam , Brandenburger Str. haben 3 Genossen während der Provokationen ihr Abzeichen unter fadenscheinigen Gründen entfernt .

## Analyse der Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 im Bezirk Potsdam

- 6 -

112

BSU  
000118

Zu 4 a).

Folgende Massnahmen wurden beim Rat des Bezirkes durchgeführt:

- a) Die Ausgabe der Lebensmittelkarten zum 1. Juli 1953 ist organisatorisch entsprechend vorbereitet.
- b) Die Kartenmengen sind angefordert, sodass die reibungslose Ausgabe der Lebensmittelkarten erfolgen kann.
- c) In Klein - Machnow werden am 23.6.53 für die 3. Dekade des Monats Juni 1953 an einen grossen Teil von Arbeitern, die in Westberlin arbeiten und aufgrund des Ausnahmezustandes und andere Massnahmen ihre Arbeit in Westberlin nicht nachgehen können und somit auch keinen Lohn erhalten, schon jetzt Lebensmittelkarten ausgegeben.
- d) Die Zwangsmassnahmen zur Eintreibung von Steuern sind im wesentlichen in allen Kreisen ausgesetzt.
- e) Auf dem Gebiet der Sozialunterstützung wurden 81 Anträge überprüft und in 59 Fällen gelangten die Personen wieder in den Genuss der Sozialunterstützung.
- f) Bisher wurden 38 landw. Betriebe an deren Eigentümer zurückgegeben.
- g) An zurückgekehrte Bauern wurden 6 Wirtschaften wieder zurückgegeben.
- h) 57 zurückgekehrte Personen wurde bisher entsprechender Wohnraum zurückgegeben.
- i) In 43 Fällen wurde den Rückkehrern von den Organen des Staatsapparates eine entsprechende Arbeit zugewiesen.
- j) In 33 Fällen hat eine Zurückgabe von privaten Geschäften und Handwerksbetrieben stattgefunden.
- k) In 420 Fällen sind von Seiten der HO mit privaten Einzelhändlern und Gastwirtschaften Agenturverträge abgeschlossen worden.
- l) An 24 aus der Haft entlassenen Personen sind die Betriebe zurückgegeben worden.
- m) Bisher wurden 459 Anträge auf Aufenthaltsgenehmigungen herausgegeben.

Im Rahmen des FDGB wurde während des Einsatzes über die Beschlüsse des Ministerrates diskutiert sowie die Herabsetzung der Normen auf den alten Stand durchgeführt.

Von der Bezirks - Staatsanwaltschaft wurden aufgrund des Beschlusses des Ministerrates laufende Haftentlassungen durchgeführt. ( vom 17. - 22.6.53 ca. 50 - 60 Haftentlassungen)

## Analyse der Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 im Bezirk Potsdam

- 7 -

BRD  
000119

113

Zu 4., b) und c.):

Das Gesamtverhalten der Verwaltungstellen im Rat des Bezirkes kann im grossen und ganzen als gut bezeichnet werden.

Trotzdem sind auch hier einige negative Beispiele eingetreten.

- a) Im Rat des Bezirkes erfolgte am 17./18.6.53 ein Massenaufkauf im Konsum und im HO.
- b) Einige Kollegen haben Einsatz abgelehnt bzw. erschienen nicht zur Unterstützung des Betriebsschutzes. (Die Kollegen [redacted])
- c) Eine gesamte Parteieinheit einschl. des Sekretärs hat sich ohne Abmeldung aus der Dienststelle entfernt.
- d) Der Stellvertreter des Bezirksratvorsitzenden Kollege Sauer, war während der ganzen Aktion nicht am Einsatz beteiligt.

Zu Punkt 5.):

Im Rat des Bezirkes war von einer Beteiligung der FDJ-Betriebsgruppe überhaupt nichts zu merken.

Die BGL und ein grosser Teil der FDGB - Kollegen haben sich aktiv eingesetzt.

Jedoch ist hierzu zu bemerken, dass einige Vorsitzende des FDGB pünktlich ihre Arbeitszeit beendeten mit dem Bemerken, dass in ihrem Betrieb alles in Ordnung ist.

Das gleiche trifft auch für die Bezirks -Staatsanwaltschaft und das Bezirksgericht zu.

Weiterhin konnte beobachtet werden, dass Mitglieder der FDJ ihr Blauhemd, was sie sonst trugen auszogen und mit sich am Streik beteiligten.

Zu Punkt 6.):

Der Gegner hat besonders in der Industrie die auf innerbetrieblichen und falschem Massnahmen beruhende Mißstimmung als Ausgangspunkt seiner Provokationen auf Massenbasis genutzt. Zum Beispiel wurden in den VEB Verkehrsbetrieben in Potsdam Forderungen gestellt, die im wesentlichen innerbetriebliche Unzulänglichkeiten ansprachen.

Z.B. Sitze für die Schaffner, Einschränkung des enormen Verwaltungsapparates und damit Verbesserung der Löhne, Abberufung unfähiger Wirtschaftsfunktionäre u.a.

An den gestellten Forderungen erkennen wir, inwieweit die

## Analyse der Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 im Bezirk Potsdam

- 8 -

114

gesunde Kritik des Werktätigen beinhaltet ist, aber auch in welchem Masse sich Provokateure diese Forderung zu Nutze machen;

z.B., dass diese Forderungen überall durch Sturz, Regierungswechsel erwirkt werden kann.

Bei den Demonstrationen der Streikenden konnte besonders beobachtet werden, dass führende Funktionäre des Staatsapparates und der Partei herbeigezerrt und vor der Demonstration gezwungen waren, zu marschieren.

Zu Punkt 7.):

BRU  
000120

Siehe Anlage Blatt 1 und 2.

Zu Punkt 8.):

In den Betrieben zeigt die gegenwärtige Stimmung eine abwarten-de Haltung.

In durchgeföhrten Versammlungen wurden Entschliessungen ein-stimmig angenommen. Doch zeigen Stimmungsberichte, dass diese Zustimmung nicht echt ist.

Im Allgemeinen wird praktisch von dem Streik wenig gesprochen. Die Beschlüsse des Politbüros finden rege Zustimmung, dennoch besteht die allgemeine Ansicht, dass erst deren Realisierung ein volles Vertrauen herstellt.

Auf dem Lande besteht die Tendenz, es sei zweckmässig, die Pflichtablieferung nicht mit herabzusetzen, sondern abzu-schaffen. Aus Besprechungen, die Hohe Kommissar der UdSSR mit Funktionären der Blockparteien hatte, schliesst man vornehmlich in Angestelltenkreisen eine Regierungsumbildung. Es bestehen Meinungen in nicht geringer Zahl, welche die Neuen Verfügungen der Regierung der DDR ausschliesslich ein Ergebnis der Streiks ansehen.

Bezüglich der Kriegsgerichtsurteile ist in der Mehrheit ein objektivistischer Standpunkt zu verzeichnen.

Während die Todesurteile als Vergeltung gemeiner Morde zurecht angesehen wird, besteht gegenüber anderen Urteilen der Ver-gleich mit dem Westen, wo man "Provokateure" welche gegen die bestehende kapitalistische Staatsmacht rebellieren ebenfall verurteilt.

Zu Punkt 9.):

Aufgrund der Ereignisse wäre in fast allen Produktionsbetrieber

## Analyse der Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 im Bezirk Potsdam

- 9 -

BSU  
006121

115

ein Produktionsausfall von Stunden bis 2 Tage zu verzeichnen. Lediglich die Energiebetriebe, der Handel und in der Mehrzahl die landwirtschaftlichen Betriebe erhielten den normalen Ablauf. Aufgrund der Angstkäufe ist eine Verknappung verschiedener Sortimente von Lebensmitteln wie Hülsenfrüchte, Teigwaren, Marmelade, Zucker und anderes eingetreten. Butter und Margarine fehlten in den HO's. Die vorhandenen Mengen reichen nur für die Markenversorgung. Von Seiten der DHZ Lebensmittel Potsdam ist die Versorgung der Privat-Handelsunternehmen sicher gestellt. Die DHZ hat seit der Regierungsverordnung eine Umsatzsteigerung von 10 %. Fleisch ist in ausreichender Menge vorhanden. Zur gleichmäßigen Verteilung ist ein Dispatcherdienst eingerichtet. Ernsthaftige Schwierigkeiten bestehen in der Kohlenversorgung. Die Auslieferung per 15.6.53 ist nicht erreicht; aus Mitteldeutschland kommen keine Kohlen nach dem Bezirk Potsdam, sodass verschiedene Provinzbetriebe Schwierigkeiten mit der Aufrechterhaltung der Produktion haben. Die Erfassung die für das III. Quartal vorgesehen ist, geht sehr schleppend. Die Erfasser verrichten ihre Aufgabe praktisch nicht auf der Basis der Pflichterfassung, sondern arbeiten mehr mit dem Angebot der Bauern. Von Seiten der Bauern besteht das Bestreben, die Pflichterfassung durch freies Handelsangebot abzulösen.

KreisLeitung VII c/3  
*Hartwig*  
(Hartwig)  
1. Kreissekretär